

## Zuger Hunde bleiben leinenlos

**KANTON ZUG** st/sda. Keine Leinenpflicht und keine Listenhunde: Der Kanton Zug lässt seine Hundehalterinnen und Hundehalter definitiv an der ganz langen Leine. Der Kantonsrat hat das Hundegesetz am Donnerstag in zweiter Lesung mit 35 zu 32 Stimmen abgelehnt. Im Kanton Zug gelten nun also auch weiterhin in jeder Gemeinde andere Regeln für den Umgang mit dem besten Freund des Menschen.

Alles, was von der Vorlage übrig bleibt, ist eine Häufchen-Busse: Wer «das Geschäft» seines Vierbeiners liegen lässt, kann künftig mit 100 Franken gebüsst werden. Ausgestellt wird die Busse entweder von der Polizei, von Förstern oder Wildhütern. Gesetzlich festgehalten wird diese Häufchen-Busse im Littering-Gesetz.

### «Zufallsmehr» – zweiter Anlauf

Bereits im September hatte sich das Zuger Parlament in erster Lesung gegen ein Gesetz über die Haltung von Hunden ausgesprochen. Mit nur einer Stimme Unterschied (34 zu 33) war der Entwurf so gut wie versenkt worden. SP und Alternative-die Grünen hatten beantragt, das Gesetz in zweiter Lesung doch noch in Kraft zu setzen, da das Abstimmungsresultat im ersten Umgang ein «Zufallsmehr» gewesen sei.

Vom Gesetzesentwurf übrig blieb ausser der erwähnten Häufchen-Busse nichts: Eine generelle Leinenpflicht wie etwa im Nachbarkanton Schwyz wird es nicht geben. An die Leine müssen die Zuger Vierbeiner nur in Naturschutzgebieten, auf Friedhöfen, auf Schulhaus- und Sportplätzen und im öffentlichen Verkehr. Selbst in der Schonzeit für Jungwild (April bis Juli) müssen sie nicht angeleint werden. Sie sollen nur «unter direkter Aufsicht auf kurzer Distanz geführt» werden.

### Regierung: «Ein Durcheinander»

Auch eine Liste mit verbotenen Rassen wird es im Kanton Zug nicht geben. Es bleiben alle Hunderassen erlaubt – auch jene, die in Nachbarkantonen bereits seit Jahren verboten sind. Der zuständige Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Beat Villiger (CVP) hat gestern vergeblich nochmals für das neue Gesetz gewebelt. «Wir haben heute im Kanton Zug ein ziemliches Durcheinander.» Es gelte darum, die Chance zu packen und ein einheitliches Reglement zu schaffen.

# Wem drohen höhere Steuern?

**LUZERN** Der Regierungsrat muss die Prognosen zu den Einnahmen nach unten korrigieren. Der Druck für eine Erhöhung der Steuern wächst. Trifft es Firmen? Oder alle? Die CVP spielt eine Schlüsselrolle.

LUKAS NUSSBAUMER  
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Hat der Kanton Luzern ein Ausgaben- oder ein Einnahmenproblem? Für die SVP und die FDP ist die Antwort klar: Der Kanton gibt zu viel aus. Ebenso unmissverständlich drücken sich SP und Grüne aus: Luzern braucht mehr Einnahmen. Die CVP kommt mittlerweile zum Schluss, dass Luzern ein Ausgaben- und ein Einnahmenproblem hat.

Ein Blick auf die Rechnungen und Budgets zeigt: Luzern gibt Jahr für Jahr mehr aus. Im Budget 2016 zum Beispiel rund 25 Millionen mehr, als in der Rechnung 2014 ausgewiesen ist. Bis 2019 sollen die Ausgaben im Vergleich zu 2014 gar um knapp 200 Millionen steigen. Die Erträge halten nicht Schritt mit dieser Entwicklung. So soll das Defizit allein 2018 über 100 Millionen betragen.

### Viel tiefere Steuererträge

Neben tieferen Beiträgen aus dem neuen Finanzausgleich sprudeln die Steuereinnahmen nicht so stark wie angenommen. Dies zeigt der Vergleich des aktuellen Aufgaben- und Finanzplans mit jenem des letzten Jahres. So rechnet die Regierung in den Jahren 2016, 2017 und 2018 bei den Firmensteuern mit 16 Millionen weniger Einnahmen als noch im letzten Jahr. Bei den natürlichen Personen hat die Regierung ihre Prognose für die drei kommenden Jahre gar um 77,4 Millionen nach unten korrigiert (siehe Grafik).



**«Höhere Steuern für Firmen wären bloss ein Tropfen auf den heissen Stein.»**

YVONNE HUNKELER,  
CVP-KANTONSRÄTIN

### Schwerzmann gibt sich bedeckt

Wie die Regierung auf der Ausgaben-seite reagieren will, ist klar: mit dem «Konsolidierungsprogramm 17». Damit sollen zwischen 2017 und 2019 je 110 Millionen gespart werden. Wo Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Hebel auf der Einnahmenseite ansetzen will, ist hingegen offen. Er habe «Vorstellungen», für Konkretes sei es indes «zu früh» (Ausgabe vom Montag).

Wiederum klar ist hingegen, dass die Zweifel an der kantonalen Steuerstrategie – Luzern hat landesweit die tiefsten Gewinnsteuern für Firmen – wachsen (siehe auch Box). SVP und die FDP halten daran jedoch eisern fest. So sagt SVP-Fraktionschef Guido Müller: «Solange der Kanton seine Ausgaben nicht im Griff hat und der Aufwand jährlich überpropor-

tional steigt, sind Steuererhöhungen für uns tabu.» Das gelte nicht nur für Firmensteuern, sondern auch für eine allgemeine Erhöhung des Steuerfusses. «Auch das lehnen wir konsequent ab – und wir würden einen entsprechenden Plan mit dem Referendum bekämpfen.» Ebenso vehement würde sich die SVP gegen eine Lockerung der Schuldenbremse wehren.

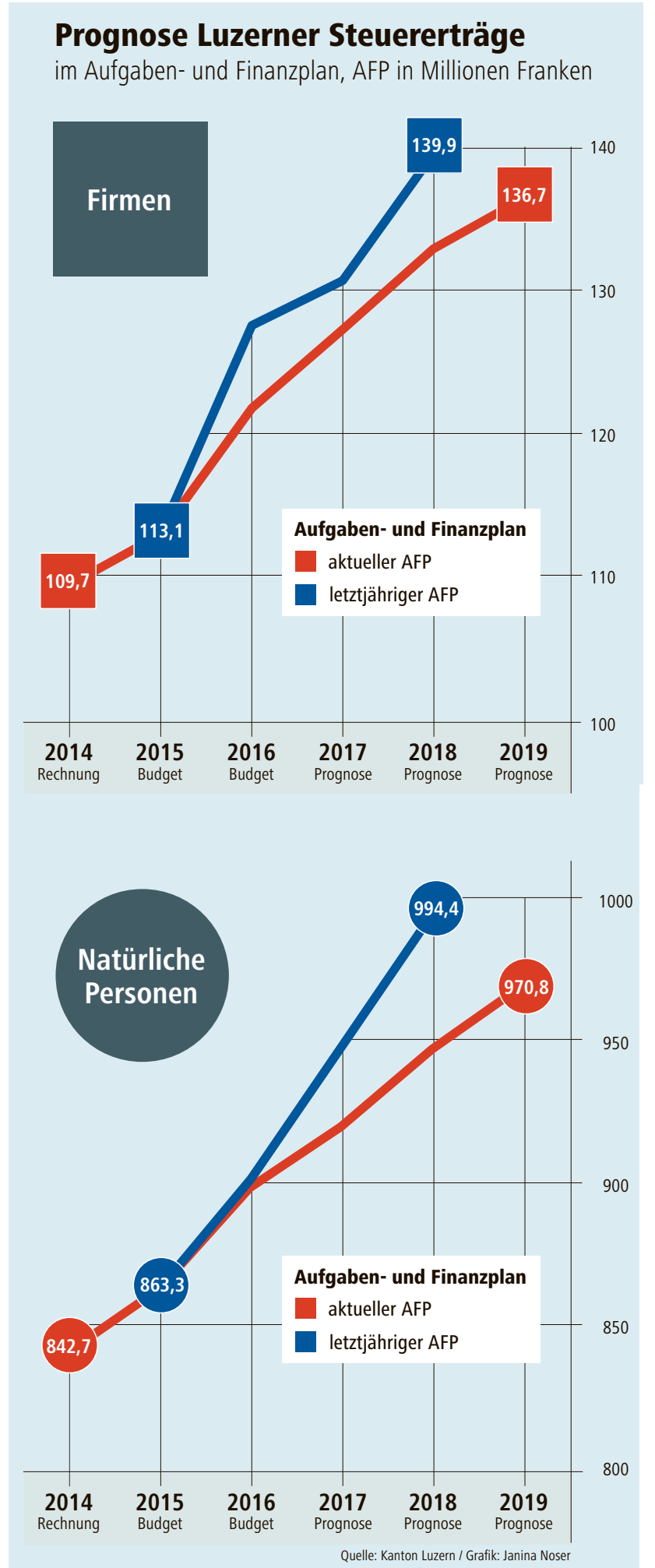
Auch die FDP will den Haushalt auf der Ausgaben-seite sanieren, wie Kantonsrat und Finanzspezialist Damian Hunkeler sagt. Er ist wie SVP-Fraktionschef Müller der Ansicht, dass die Tiefsteuerstrategie «ein Erfolgsmodell» ist. Die Strategie dürfe nicht nur an den Steuererträgen und -prognosen gemessen werden, diese seien massgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Entscheidend sei die Zahl der Firmenansiedlungen und der neu geschaffenen Arbeitsplätze. Hier sei Luzern auf Kurs.

### CVP fordert Gesamtstrategie

Das heisst aufgrund der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse: Sollen Steuern erhöht werden, braucht es neben der Linken die CVP. Für CVP-Vizepräsidentin und Kantonsrätin Yvonne Hunkeler ist dieser Weg – vorerst jedenfalls – der falsche Weg. «Höhere Firmensteuern», sagt Hunkeler, «wären bloss ein Tropfen auf den heissen Stein, weil sie nur rund 10 Prozent des Gesamtsteuerertrags ausmachen.»

Etwas offener steht Hunkeler einer allgemeinen Erhöhung des geltenden Steuerfusses von 1,6 Einheiten gegenüber. «Eine Erhöhung hat vor dem Volk dann eine Chance, wenn die Sparmassnahmen mehr wehtun als höhere Steuern.» Die heuer und in den vergangenen Jahren beschlossenen Sparpakete wären von einer Mehrheit des Volks mitgetragen worden, glaubt Hunkeler. Konkrete Aussagen zum Steuerfuss mache die CVP «dann, wenn die Regierung diese im Rahmen einer Gesamtstrategie vorlegt».

Genauere Vorstellungen hat Hunkeler in Bezug auf eine Anpassung der Schuldenbremse. Sie könnte sich vorstellen, eine Pro-Kopf-Verschuldung statt eines fixen Betrags festzuschreiben. So könnten die Schulden des Kantons mit der Einwohnerzahl wachsen, was jährlich rund 10 Millionen ausmachen würde. Auch eine offener Formulierung bei den Investitionen würde Hunkeler begrüssen.



## Das Zitat



«Wenn weniger auf den Tellern zurückbleibt, müssen wir auch weniger Lebensmittel einkaufen.»

Brigitte Heller, Direktorin im Luzerner «Monopol», konnte den Buffet-Abfall dank ihrem Aufruf bei den Hotelgästen markant reduzieren. 27

## Tiefe Firmensteuern: So urteilen Experten

**FINANZAUSGLEICH** nus. Die neuste Auswertung des Eidgenössischen Finanzdepartements zeigt es: In keinem anderen Kanton der Schweiz sinkt der Steuerausschöpfungsindex für 2016 so stark wie in Luzern. Mit dem Steuerausschöpfungsindex werden die effektiven Steuereinnahmen des Kantons und der Gemeinden ins Verhältnis gesetzt zum steuerlich ausschöpfbaren Potenzial. Das heisst vereinfacht gesagt: Luzern schöpft sein wirtschaftliches Potenzial weniger aus als andere Kantone.

Im Vergleich sind es nur noch Schwyz, Zug, Nid- und Obwalden, Uri, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen und Glarus, die ihr Potenzial noch weniger ausschöpfen. Zurückzuführen ist die Veränderung im Kanton Luzern vor allem auf die 2012 eingeführte Halbierung der Gewinnsteuern für Unter-

nehmen. Damit ist das wirtschaftliche Potenzial gestiegen, während die Steuereinnahmen gleichzeitig gesunken sind.

### Potenzial besser ausschöpfen

Finanzpolitiker wie der Krienser Grünen-Kantonsrat Michael Töngi kritisieren diese Entwicklung. «Wir schränken unsere finanziellen Möglichkeiten mehr ein, als andere Kantone dies tun müssen. Die Debatten um Leistungsabbau und kurzfristige Kürzungen sind eine Folge davon.»

Bereits im März dieses Jahres sagte GLP-Fraktionschefin Michèle Graber bei der Diskussion ihres Vorstosses zu Firmensteuern im Kantonsrat, dass die Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials kein Tabu darstellen dürfe. Darum fordere ihre Partei Anpassungen bei den Unternehmenssteuern.

Zu einem bemerkenswerten Schluss kommt Avenir Suisse. Die Stiftung engagiert sich für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz und bezeichnet sich selber als Denkfabrik. In einem jüngst publizierten Beitrag zu Unternehmenssteuern schreibt Avenir Suisse: «Tiefe Steuern sind gewiss ein wichtiger Standortfaktor, aber eben nicht der einzige.» Niedrige Unternehmenssteuern würden sich vor allem für kleine Kantone ohne natürliche Standortvorteile lohnen. Grosse Kantone würden sich durch deutliche Steuer-senkungen hingegen schaden, da die Steuerattraktivität aufgrund ihrer sonstigen Standortvorteile eine eher untergeordnete Rolle spielen würden.

Avenir Suisse räumt zudem mit der weit verbreiteten Annahme auf, dass Kantone mit tiefen Firmensteuern eine

hohe Arbeitsplatzdichte (Vollzeitarbeitsplätze pro Einwohner) aufweisen: «Genau das Gegenteil ist der Fall.»

### CS nur verhalten optimistisch

Ebenfalls nicht nur Feuer und Flamme für die Luzerner Steuerstrategie ist die Grossbank Credit Suisse (CS), wie diese in einer Studie Anfang Jahr darlegte. Die Chancen, dass sich die Luzerner Steuerreform letztlich rechne, sei «intakt», so die CS. Gleichzeitig schreibt die Bank, dass sie «noch nicht abschliessend beurteilen» könne, ob sich die Steuerstrategie dereinst auszahlen werde.



Die ausführlichen Studien finden Sie unter [www.luzernerzeitung.ch/bonus](http://www.luzernerzeitung.ch/bonus)